

Beschluss Menschenwürde und Freiheitsrechte in der Neufassung des PsychKG erhalten

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 21.06.2026

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

2 Die GRÜNE Landtagsfraktion wird aufgefordert, den Entwurf zur Neufassung des
3 PsychKG NRW (Vorlage 18/4917 - Gesetz zur Neufassung eines Gesetzes über Hilfen
4 und Schutzmaßnahmen bei psychischen Erkrankungen (PsychKG)) kritisch zu prüfen
5 und den weiteren Prozess so zu gestalten, dass Freiheitsrechte, Menschenwürde
6 und Selbstbestimmung aller Betroffenen erhalten und gefördert werden.

7 Dabei sind insbesondere folgende Grundsätze sicherzustellen:

8 • Zwang reduzieren statt ausbauen: Zwangseinweisung und Zwangsbehandlung von
9 Menschen mit psychischen Erkrankungen nur bei akuter, konkreter und
10 gegenwärtiger Gefahr und nicht schon dann, wenn jemand mangelnde
11 Krankheitseinsicht zeigt oder die Mitwirkung verweigert.

12 • Die persönliche Integrität von betroffenen Personen als Schutzziel
13 aufwerten.

14 • Patientenverfügungen müssen verbindlich bleiben, auch im psychiatrischen
15 Kontext, wie vom Bundesverfassungsgericht festgestellt (BVerfGE 158, 131).

16 • Wir unterstützen ausdrücklich die Einführung der gemeindepsychiatrischen
17 Verbände im Gesetzesentwurf. Genauso wollen wir uns weiter mit Nachdruck
18 für die Einführung von Psychosozialen Krisendiensten einsetzen. Prävention
19 ist eine entscheidende Säule von psychischer Gesundheitsvorsorge. Daher
20 sollten die präventiven Ansätze des Landespsychiatrieplans im Gesetz
21 Vorrang vor Zwangsmaßnahmen erhalten. Dabei ist auch die Finanzierung
22 sicherzustellen, um Kommunen personell, finanziell und organisatorisch
23 nicht zu überlasten.

24 • Keine verpflichtende oder routinemäßige Einbindung von Sicherheitsbehörden
25 oder im Fall von Geflüchteten der Ausländerbehörde, ausschließlich im
26 Einzelfall und nach ärztlicher Abwägung.

27 • Psychische Gesundheitsversorgung muss diskriminierungsfrei und
28 vertrauensbasiert ausgestaltet sein. Regelungen, die bestimmte Gruppen
29 pauschal unter besonderen Verdacht stellen oder migrationsrechtliche
30 Fragen mit gesundheitlicher Versorgung vermischen, lehnen wir ab.

31 • Einbindung einer Evaluationspflicht für das Gesetz, um dessen Wirksamkeit
32 prüfen zu können.

33 Die LAG Gesundheit soll das Thema weiter begleiten. Dafür soll die Fraktion der
34 LAG regelmäßig zum Fortschritt der Beratung berichten.